

FORDERUNGEN



**UNS REICHT'S
#WIEDERBRENNEN**

Forderungen

1. ERHÖHUNG DES BUDGETS FÜR DAS HOCHSCHULWESEN AUF MIND. 2% DES BIP.

- Ausfinanzierung der Hochschulen als Ziel.
- Mehr Anteil des Budgets für Lehre, Infrastruktur der Hochschulen & der Infrastruktur für Studierende.
- Abkehr von einer, an Indikatoren wie der Prüfungsaktivität und der Absolvent*innenzahl gekoppelten Hochschulfinanzierung.
- Das Hochschulbudget darf nicht durch Studierende aus Nicht-EU/EWR Ländern und erwerbstätigen Studierenden mitgetragen werden

2. DER OFFENE UND FREIE HOCHSCHULZUGANG.

- Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren führen zu sozialer Selektion. Bildung darf nicht weiter vererbt werden. Wir fordern einen barrierefreien Zugang zum Hochschulsystem!
- Ausbau der Beratungsangebote vor und während des Studiums.
- Schaffung echter Studieneingangs- und Orientierungsphasen, so wie eine Studiums Generale.
- Interdisziplinäres Studieren soll weiterhin gewährleistet bleiben.
- Erbrachte Leistungen müssen erhalten bleiben, gegen eine Exmatrikulation aufgrund von Prüfungsinaktivität.

3. RECHT AUF RÄUME FÜR UNS STUDIERENDE AN UNSEREN HOCHSCHULEN.

- Nicht alle Studierende haben die Möglichkeit zu Hause zu arbeiten und die gleich Lern- und Arbeitsbedürfnisse. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen Hochschule adäquate Räume für Diskussion, (interdisziplinärer) Austausch und (gemeinsamen) Lernen und Arbeiten zu schaffen.
- Gesetzliche Verankerung der zur Verfügungstellung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen ohne Konsumpflicht, der Studierendenanzahl entsprechend.
- Offene Räume: Ungebuchte Hörsäle und Seminarräume für Studierende zugänglich machen.

4. SOZIALE SITUATION VON STUDIERENDEN VERBESSERN; BARRIEREFREIHEIT GEWÄHRLEISTEN

- Familienbeihilfe: Jährliche Inflationsanpassung. Anhebung der Bezugsdauer auf den jeweilig Median der Studiendauer. Direktauszahlung an Studierende.
- Studienbeihilfen: Ausweitung des Kreises der Bezugsberechtigten. Erhöhung der Beträge und Anspruchsdauer, sowie jährliche Inflationsanpassung.
- Studienbeiträge: Generelle Abschaffung, auch für Drittstaatenangehörige.
- Das Bezugsrecht auf Beihilfen für Studierende darf nicht vom Alter und/ oder der Staatsangehörigkeit abhängen.
- Schaffung eines Angebots an kostenlosen Deutschkursen für Studierende.
- Abschaffung der Hürden am Arbeitsmarkt für Studierende aus Nicht-EU/EWR Ländern (z.B. kostenpflichtige Arbeitsbewilligung).
- Niederschwelliger Zugang zum Arbeitsmarkt nach dem Studium für Drittstaatenangehörige, sowie Aufenthaltsrecht.
- Verbot von unbezahlten Praktika.
- Leistbares Wohnen: Ausweitung der Wohnbeihilfe für Studierende, auch für Drittstaatenangehörige. Staatliche Förderung von Studierendenheimen.
- Mietrechtsnovelle: Makler*innenprovisionen sollen nicht von Mieter*innen getragen werden. Schaffung einer allgemeinen Mietzinsobergrenze. Unbefristete Mietverträge müssen wieder Regel werden.
- Barrierefreies Studieren: ableistische Strukturen dürfen nicht mehr die Norm sein.

5. ECHTE MITSPRACHE FÜR DIE STUDIERENDENVERTRETUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN. STÄRKUNG DER HOCHSCHÜLER*INNENSCHAFT.

- Wiedereinführung der Drittparität in den Gremien der Hochschulen (je 1/3 Studierende / Oberbau / Mittelbau).
- Pauschalisierte Sitzungsgelder von der Hochschule für Studierende in den Gremien.
- Rückverlagerung der Entscheidungskompetenzen von Rektorat und Universitätsratrat in demokratische Strukturen (z.B. der Senat): Stärkung der Autonomie der Universitäten.
- Keine Entscheidungsgewalt mehr für den Universitätsrat - reiner Aufsichtsratsfunktion.
- Einführung einer demokratischen Rektorswahl durch den Senat. (Nicht mehr durch den Universitätsrat.)

6. BILDUNG STATT AUSBILDUNG.

- Stopp der Verschulung: Abbau von Vorraussetzungsketten. Mehr Wahlfreiheit im Studium.
- Abkehr von wirtschaftsliberalisierten Universitäten und Erhöhung der Mittel des Wissenschaftsfond (FWF). Die Forschung und Lehre muss frei sein und darf sich nicht an wirtschaftlichen Interessen und Drittmittelfinanzierung orientieren.
- Leistungsdruck senken: Anhebung der Mindeststudiendauer auf das Median Studiendauer.
- Semesterweise Evaluierung des Arbeitsaufwands von LVAs und der ECTS-Wertung, Angleichung der Prüfungsmodalitäten anhand des Median des tatsächlichen Arbeitsaufwands.
- Interdisziplinäres Studieren darf nicht verunmöglicht werden.
- Individuelle Studienplanung muss erhalten bleiben. Verpflichtendes Wahrnehmen von Prüfungen innerhalb von vorgeschriebenen Semestern darf nicht eingeführt werden.
- Studierende dürfen aufgrund von mehrmaliger negativer Beurteilung nicht lebenslang exmatrikuliert werden.
- Erbrachte Leistungen müssen erhalten bleiben, gegen eine Exmatrikulation aufgrund von Prüfungsinaktivität.
- Barrierefreies Studieren: Leistungsdruck und ECTS-Abarbeitung verunmöglichen ein barrierefreies Studieren. Es darf kein Nachteil für Studierende mit psychischen Erkrankungen entstehen.
- Verpflichtende didaktische Schulungen für alle Lehrenden.

7. BESSERE BEDINGUNGEN FÜR DAS GESAMTE HOCHSCHULPERSONAL.

- Einführung einer Frauen*quote von mind. 50% Prozent in allen Gremien und Ebenen.
- Garantierte Kinderbetreuungsplätze für Kinder von Studierenden und Hochschulpersonal.
- Abschaffung präkerer Dienstverhältnisse. Kettenarbeitsverträge verunmöglichen eine langfristige Planung und Qualität von Forschung und Lehre.
- Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in Forschung und Lehre an den Hochschulen.
- Ende des Outsourcings von nichtakademischen Personal an den Hochschulen. Reinigungs- und Sicherheitspersonal wird oft unter extrem prekären Bedingungen durch externe Firmen beschäftigt.

8. NACHHALTIGE HOCHSCHULEN.

- Forderung nach sozial nachhaltigen Hochschulen: Institutionen müssen ihre Verantwortung in global gesellschaftlichen Kontexten wahrnehmen und ihr Forschung und Lehre dahingehend kritisch gestalten.
- Wir fordern, dass Hochschulen sich als politische Orte, die sie sind, klar antifaschistisch positionieren.
- Forderung nach klimaneutralen Hochschulen.
- Verankerung der inhaltlichen Thematisierung der Klimakrise in Forschung und Curricula.
- Stärkere Förderung von Klimaforschungsprojekten, auch von Studierendenprojekten.
- Keine finanziellen Anlagen von Hochschulmitteln in Projekten und Institutionen, die in Verbindung mit der Förderung von fossilen Brennstoffen stehen.
- Ein leistbares, österreichweites Öfiticket für alle Studierende.
- kostenlose Öffis für den Weg von und zu der Uni (Ähnlich Schüler*innenfreifahrt.)
- „Uni der kurzen Wege“: Konzept zur Vermeidung von Pendelstrecken zwischen LVAs.

9. GENDER*GERECHTE & DISKRIMINIERUNGSKRITISCHE HOCHSCHULE.

- Keine Institution ist frei von Diskriminierungen, da diese strukturell verankert sind, wir fordern, dass Hochschulen sich kritisch mit ihren Ausschlüssen auseinandersetzen.
- Bildung darf nicht vererbt werden: gegen klassistische Aufnahmeverfahren.
- Einführung einer Frauen*quote von mind. 50% Prozent in allen Gremien und Ebenen. Sanktionierung bei Nichterreichen dieser.
- Garantierte Kinderbetreuungsplätze für Kinder von Studierenden und Hochschulpersonal.
- Die Offenlegung der Gehälter an den Hochschulen & die Schließung der Lohnschere.
- Wir fordern Anlaufstellen für von Diskriminierung betroffene Studierende und Personal, zusätzlich derer der ÖH, welche von unabhängigen Personen betreut werden.
- Regelmäßige Schulungen und Fortbildungen mit diskriminierungskritischen Schwerpunkten für alle Lehrenden & die Mitglieder des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen.
- Verpflichtende Einführung eines unabhängigen Kreises für Gleichbehandlungsfragen an jeder Hochschule.
- Mehr Transparenz bei Stellenvergaben.
- Wir fordern eine kritische Hinterfragung des eurozentristischen Universitätskanon und eine Etablierung dieser in Forschung und Lehre.
- Kostenlose Monatshygieneartikel an allen Hochschulen.
- Nicht binäre* Toiletten an allen Hochschulen.

